

Antrag

der Abgeordneten Reem Ariana Anwar und Dr. Mateo Delgado
und der Fraktion Bündnis Demokratie Europa

Staatliche Unterstützung bei der Familiengründung und Ausschluss finanzieller Sorgen beim Kinderwunsch

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Gesellschaft altert und ist eine der ältesten Bevölkerungen Europas. Dieser Trend soll auch nicht abbrechen, sondern sich im Gegenteil verschärfen. Was bereits jetzt einer der größten Herausforderungen für unsere Sozialversicherungssysteme ist, wird künftig in allen Lebensbereichen ein Problem werden.

Das Problem der alternenden Gesellschaft ist aber nicht nur die immer älter werdende sog. „Baby-Boomer-Generation“, sondern auch das Ausbleiben der jungen Generation Alpha / Beta. Immer weniger Menschen in Deutschland entscheiden sich dafür, kein Kind zu bekommen. Diese Entscheidung beruht nicht nur auf freiwilligen Vorstellungen von Familie und Beruf, sondern auf Situationen, die viele Familien zwingen, vor allem auf Existenz- und Geldsorgen auf Kinder zu verzichten.

Die Aufgabe des Staates ist es, das Familienleben zu schützen und auch das Familienleben zu ermöglichen. Die immer größer werdenden finanziellen Sorgen der Bevölkerung haben direkte negative Auswirkungen auf unsere Bevölkerungsentwicklung und werden damit immer weiter das aktuelle Problem verschärfen.

Um aus diesem Teufelskreis zu entkommen haben einige Städte (darunter Schwedt/Oder und Wilkau-Haßlau) ein sogenanntes „Kinderbegrüßungsgeld“ (oder auch „Baby-Bonus“, „Willkommensgeld“, ...) eingeführt. Eltern können dort unkompliziert bei der Geburt eines Kindes Geld als Starthilfe beantragen. Die Aufgabe, die Familie zu fördern und finanzielle Sorgen als Entscheidungsfaktor bei der Familiengründung auszuschließen, ist aber nicht Aufgabe der Kommunen oder Gemeinde, sondern der Gesamtgesellschaft und vor allem des Staates selbst. Diese Aufgabe auf den Schultern weniger Kommunen lasten zu lassen ist falsch und sollte nicht weiter geduldet werden.

Doch nicht nur das Begrüßungsgeld kann eine willkommene Abwechslung sein. Auch bestehende Systeme sollten grundsätzlich überdacht und weiterentwickelt werden. Das Kindergeld sollte zu einer Kindergrundsicherung weiterentwickelt werden. Das aktuelle Kindergeld-System schafft gemeinsam mit dem Kinderfreibetrag eher für einkommensstarke Familien Anreize statt für Einkommensschwache. Das Kindergeld soll nach Haushaltseinkommen gestaffelt ausbezahlt werden. Kindergeld soll auch an jede Familie mit Kind ausbezahlt werden. Ein Antrag zu stellen, dass man ein Kind hat, scheint nicht wirklich zweckmäßig zu sein, wenn der Staat ohnehin über jeden Eintrag im Geburtenregister Bescheid weiß. Eine antragslose Auszahlung ist daher nicht nur Wünschenswert, sondern die logische Konsequenz.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die Reform des Kindergelds zu prüfen, insbesondere die Einführung einer echten Kindergrundsicherung, die einkommensschwache Familien die finanziellen Sorgen bei der Familiengründung abnimmt;
2. eine tatsächliche Erhöhung des Kindergelds umzusetzen und einen inflationsfeste Mechanismus einzuführen um das Kindergeld langfristig vor der inflationären Entwertung zu schützen;
3. gestaffelte Kindergeldbeträge abhängig vom Haushaltseinkommen einzuführen;
4. ein Kinderbegrüßungsgeld beim ersten Kind von 2 000 Euro und bei jedem weiteren Kind in Höhe von 3 000 Euro einzuführen, dass bei der Geburt ausbezahlt wird;

5. eine diskriminierende Auszahlung beispielsweise durch die verfassungswidrige Knüpfung an die deutsche Staatsbürgerschaft zu vermeiden.

Berlin, den 3. September 2026

Anwar, Delgado und Fraktion